

Verfassungs-Grossveranstaltung

Die unterzeichneten Parteien und Gruppierungen haben sich an ihrer Sitzung vom 21. Februar einhellig für eine parteiunabhängige Veranstaltung in Sachen Regierungsvorlage Verfassung entschieden, allerdings mit Stimmenthaltung der FDP. Die Veranstaltung wird am 22. April im Vaduzer Saal stattfinden. Alle an diesem Entscheid beteiligten Organisationen begrüssen die Möglichkeit, an einer überparteilichen Veranstaltung Fragen zur Verfassungsvorlage erörtern zu können. Nur so können sich die Bürger optimal informieren. Ein gleichzeitiges Vorbringen von Pro- und Kontra-Argumenten führt zu einem optimalen Meinungsbildungsprozess. Es ist wichtig, die Bevölkerung noch besser, umfassender und objektiver, vor allem auch parteiunabhängiger zu informieren. Die beteiligten Organisationen bedauern deshalb, dass sich das FDP-Präsidium bis jetzt nicht dazu entschliessen konnte, einer Teilnahme der FDP an dieser Informationsveranstaltung zuzustimmen. Toleranz zu üben, aufeinander zuzugehen, miteinander zu diskutieren und sich zu informieren: Das ist die beste Strategie, um gemeinsam Antworten auf offene Fragen zu finden.

Fakt ist, es gibt noch viele offene Fragen. Diese mit der Bevölkerung in einem offenen Dialog zu erörtern, dazu sind alle Parteien und Interessengruppen herzlich eingeladen. Die mitwirkenden Organisationen hoffen, dass alle Parteien und Interessengruppen ihren Beitrag für eine optimale Meinungsbildung leisten und an dieser Veranstaltung mitmachen.

Die Organisationen:
Arbeitskreis für Demokratie und Monarchie
Demokratiensekretariat
Freie Liste
Frauen in guter Verfassung
Freie Liste
Gruppe Wilhelm Beck
Vaterländische Union

Verwunderung bei der FDP

FDP-Parteipräsident Johannes Matt erklärte gestern gegenüber dem Volksblatt, dass die FDP an dieser Veranstaltung mitmachen werde, wenn zu diesem Zeitpunkt der überarbeitete Verfassungsvorschlag vorliegt.

Sehr überrascht äusserte sich FDP-Geschäftsführer Marcus Vogt gestern, weil sich VU-Generalsekretär Peter Kranz mit diesem Vorpreschen nicht an das vereinbarte Vorgehen gehalten habe. Demzufolge hätte die VU dem FDP-Präsidium bis vergangenen Montagabend einen Terminvorschlag zur Behandlung unterbreiten sollen. «Dieser Vorschlag blieb bis heute aus», so Marcus Vogt gestern Abend. Es sei gestern neuerlich vereinbart worden, dass dieser Terminvorschlag erst am kommenden Dienstag im FDP-Präsidium in Behandlung gezogen werde und die Parteien sowie Gruppierungen sodann am Mittwoch umgehend über den Entscheid des FDP-Präsidiums informiert werden. Erst danach hätte eine gemeinsame Erklärung in den Medien erfolgen sollen. Die FDP bleibe aber dem Grundsatz treu, dass sie an einer überparteilichen Veranstaltung zum richtigen Zeitpunkt interessiert sei. «Gerade deswegen sind wir sehr verwundert über dieses Vorgehen von VU-Generalsekretär Peter Kranz», so Marcus Vogt.

Altpapiersammlung

VADUZ: Am Samstag, den 2. März ab 8 Uhr findet in Vaduz die monatliche Altpapiersammlung statt. Stellen Sie Ihr Altpapier gebündelt oder in offenen Schachteln gut sichtbar an die Strasse. Bitte mischen Sie keinen Abfall, keine Tetra-Packungen, keine Fenster-Couverts, kein Holz und keinen Plastik unter das Altpapier. Nur sauberes sortiertes Altpapier kann wiederverwertet werden! Pfadfinder

«Wer Wasser predigt und Wein trinkt»

Forum: Ehemaliger VU-Abgeordneter Karlheinz Ospelt fordert betreffend Verkehrsproblem Taten statt Worte

Am 8./10. März 2002 findet eine Volksabstimmung über die Initiative zur Abänderung von Art. 20 der Verfassung (Verkehrswesen) statt. Der gleiche Verfassungstext – damals lanciert von drei Abgeordneten – scheiterte in der Landtagsitzung vom 22. November 2000, weil er das nötige Quorum von 19 Stimmen (oder drei Vierteln der anwesenden Volksvertreter) nicht erreichte. Der damalige Landtagspräsident Dr. Peter Wolff stellte wörtlich fest: «Damit ist die Vorlage gescheitert, da sie das nötige Drei-Viertel-Mehr nicht erreicht hat. Das Geschäft ist damit beendet.» Die Aktion Verkehrslösung Fürstentum Liechtenstein (AVFL) zitiert nachstehend aus Voten aus dem öffentlichen Landtagsprotokoll von Abgeordneten beider Parteien, die der Verfassungsinitiative Verkehr schon damals kritisch gegenüberstanden.

Zitat aus einem Votum des damaligen Abg. Karlheinz Ospelt in der Landtagsdiskussion um die Änderung von Art. 20 (Verkehr)

Zu einem Votum des Stv.-Abg. Adolf Ritter (Freie Liste): Ich möchte eigentlich nur zwei Stichworte geben: «Taten statt Worte» und «Wer Wasser predigt und Wein trinkt». Ihre energiepolitischen Ausführungen sind sicherlich interessant, aber sie tragen wenig zu Lösungen bei. Sie haben nämlich nach wie vor keine konkreten Massnahmen gefordert, sondern Sie reden immer nur über Probleme, aber nicht über Lösungen.

Sie sollten sich über Lösungen Gedanken machen

Und Sie sollten sich vielleicht einmal auch über Lösungen Gedanken machen, die Sie konkret vorbringen und die dann in diesem Haus diskutiert werden können. Sie sagen, in der Schweizer Verfassung ist

die Möglichkeit einer Verlagerung auf die Schiene. Wollen Sie bei uns im Gegenzug für eine Entlastung der Strasse ebenfalls ein Schienennetz aufbauen usw.? Dann müssen Sie sich einmal zu solchen Massnahmen äussern und nicht immer nur von den Problemen, die wir haben, reden. Probleme werden nicht gelöst, indem man nur von ihnen redet, sondern nur, wenn man konkrete Lösungsvorschläge vorbringen kann.

Lassen Sie doch endlich die Bürger/-innen abstimmen!

Und zu diesen Lösungsvorschlägen muss ich noch einem anderen Votanten etwas entgegenhalten: Die Aktion «Verkehrslösung Fürstentum Liechtenstein AVFL» hat zumindest konkrete Vorschläge gebracht. Das ist ein Ansatz. Man kann diese Vorschläge ablehnen. Das Volk soll sich jedoch dazu äussern können. Nur so wissen wir, woran wir sind. Aber immerhin sind es Vorschläge, worüber dann das Volk das letzte Wort

hat. Und es sollen doch unsere Bürgerinnen und Bürger Ja oder Nein zu einer solchen Massnahme sagen können. Überlassen wir es doch unserem Volk, was es will, und behaupten wir doch nicht immer, das oder jenes sei jetzt eine Mehrheitsmeinung. Lassen Sie doch endlich die Bürgerinnen und Bürger abstimmen. Und das können wir akzeptieren, das sind klare Richtlinien, an welche sich die Politiker dann zu halten haben.

Aktion Verkehrslösung Fürstentum Liechtenstein

Forum

Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichen wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Institutionen. Das «Forum» drückt aus, dass die in den Beiträgen geäusserten Meinungen nicht mit der Haltung der Zeitung übereinstimmen müssen.

Taten statt Worte – JA zur Verkehrsinitiative

Forum: Stellungnahme von «Verkehrsprobleme Liechtensteiner Unterland»-Arbeitsgruppe der Regierung

Die Forderung «Taten statt Worte» in der liechtensteinischen Verkehrspolitik ist zwischenzeitlich über 30 Jahre alt und in vielen Voten von besorgten Abgeordneten und Bürgerinitiativen geäussert worden. Die allgemeine Gelassenheit ob all den Informationen um den Bau des Letzetunnels und des wachsenden hausgemachten Verkehrs war nie und ist auch heute nicht fassbar.

Die Zukunft des Finanzplatzes wird heute unter Beizug von externen Experten und proaktiven Massnahmen kurzfristig gesichert. Warum wird unser Lebensraum nicht ebenso aktiv verteidigt? Wie massiv unser Lebensraum mit dem Vorhaben Letzetunnel bedroht ist, zeigt die Umfahrung «Feldkirch-Nord» oder der Ambergtunnel. Im Jahr 1985 wurde die Eröffnung des Tunnels als «Jahrhundertbauwerk» während vier Tagen gefeiert. In den folgenden sechs Jahren verdoppelte

sich das Verkehrsaufkommen und nach nur zehn Jahren wurde bereits der Bau der zweiten Röhre gefordert. Und heute wird bereits gebaut.

Die Theorie, wonach der Strassenbau zwischen zwei Autobahnen zu überdurchschnittlichem Wachstum und letztlich zum Ausbau auf vier Spuren führt, ist bestätigt. Auch für Liechtenstein gilt: Wer den zweispurigen Ausbau von Verbindungsstrassen von Grenze zu Grenze nicht verhindert, wird rasch zum vierspurigen Ausbau gezwungen. Auf diesen Fakten beruht die Sorge um die Bedrohung unseres Lebensraumes.

Verkehrspolitik als bedeutende staatspolitische Aufgabe

Wir sind gefordert, auch beim Verkehrsproblem proaktiv zu handeln unter Beizug von Experten, solange noch Zeit bleibt. Wir und ganz besonders unsere politischen Vertreter stehen in

der Verantwortung! Die Voraussetzungen, das liechtensteinische Verkehrsproblem jetzt zu lösen, sind nie günstiger gewesen:

1. Der Stellenwert einer intakten Umwelt war bei der Bevölkerung nie grösser als heute. Dies zeigt die intensive Nutzung unserer Naherholungsgebiete und das Bewusstsein um die Gesundheit.

2. Die moderne Wirtschaft erkennt zunehmend, dass Gewinne nicht auf Kosten der Umwelt erzielt werden dürfen. So ist die Rücksichtnahme auf die Gesellschaft und Umwelt im Leitbild jeder modernen Firma und in jeder zeitgemässen Verfassung verankert. Nicht nur das politische Handeln, sondern auch das ethische Wirtschaften hat letztendlich dem Menschen zu dienen. Genauso wie die Wirtschaft direkt oder über Verbände zunehmend Forderungen gegenüber der Politik stellt, hat auch sie zur Lösung von gesell-

schaftlichen Fragen, wie der Lösung des Verkehrsproblems, beizutragen. Es darf nicht sein, dass die Wirtschaft Tausende Parkplätze bereitstellt oder Warentransporte nur nach rein wirtschaftlichen Kriterien durchführt, deren Auswirkungen aber allein der Gesellschaft überbürdet werden.

3. Es gibt heute ein grosses Wissen zur Lösung von Verkehrsproblemen. Dank unseren finanziellen Mitteln haben wir die Chance, ein vorbildliches Verkehrskonzept zu realisieren.

4. Die Verkehrsinitiative hat den Schutz und die Sicherung unserer Umwelt für eine lebenswerte Zukunft zum Ziel. Taten statt Worte – der Anfang ist gemacht. Wir sollten den Faden und die damit verbundene Zukunftschance mit einem JA zur Verkehrsinitiative aufnehmen.

«Verkehrsprobleme Liechtensteiner Unterland»-Arbeitsgruppe der Regierung

LESERBRIEFE

EURO: Hände weg?!

Durch Zufall benutzten meine Partnerin und ich am selben Tag (Valuta 25. Febr.) einen EC-Bankomaten, sie in Köln ich in Schaan, wo wir 200 Euro abhoben. Wir staunten nicht schlecht, als die Auszüge der LLB über diese Transaktion bei uns eintrafen.

So verrechnete mir die LLB 307.60 Franken, meiner Partnerin wurden aber nur inklusive fremder Spesen 300.50 Franken belastet. Das ergab einen Differenzbetrag von sage und schreibe 7,10 Franken bei 200 Euro!

Verärgert über solche Wechselkosten informierte ich mich bei diversen Banken über ihren Wechselkurs (Stichtag 25. Febr. 02), was zu folgendem Ergebnis führte:

500 Euro wechseln kostet in:

● Deutschland mit fremden

Spesen: 751.25

● VPB: 754.50

● LLB: 768.25

● LGT: 768.25

Somit ergibt sich ein Differenzbetrag von schlappen 17 Franken bei 500 Euro gegenüber dem Ausland. Positiv zu erwähnen ist nur die VPB, die stolze 13.75 Franken günstiger umwechselt als die oben erwähnten liechtensteinischen Banken.

Also, liebe Leser, HÄNDE WEG von LLB und LGT, wenn Sie Euro wechseln wollen. Im Ausland oder bei der VPB ist es viel günstiger.

Ich verbleibe in der Hoffnung, dass

liechtensteinische Banken in Zukunft das Wechseln in Euro als Dienstleistung und nicht als Abzockerei betrachten.

René Ott, Im Gamander 3, Schaan

Verkehrspolitik

Die Aktion Verkehrslösung F. L. zitiert im liechtensteinischen Vaterland vom 27.02.02 das Votum des ehemaligen Landtagsabgeordneten Karlheinz Ospelt zur Verkehrsinitiative am 22.11.00 im Landtag. Der guten Ordnung halber sei erwähnt, dass der Initiativtext im November 2000 anders lautete, als der jetzt vorliegende. Dennoch bedürfen die Äusserungen von K. H. Ospelt folgender Richtigstellung:

Für K. H. Ospelt ist die «Initiative nach wie vor Unfug». Er befürchtet mit der angestrebten Präzisierung der Verfassung im Sinne der Verkehrsinitiative eine Verlagerung der Verkehrspolitik von den Behörden auf die Gerichte, womit der Wille des Volkes zur Bedeutungslosigkeit degradiert würde. Er vertritt u. a. die Auffassung, dass die Initiative den «gewählten politischen Instanzen» in der Verkehrspolitik ein «Korsett» anlegen würde. Befremdlich ist der Ton des Vaduzer Bürgermeisters, wenn er von Unfug spricht, bildet das Initiativrecht doch einen Grundpfeiler unseres rechtsstaatlichen demokratischen Systems. Eine Initiative als Unfug abzutun, ist respektlos. Unter Verkehrspolitik sind zweierlei Dinge zu verstehen. Einmal die Schaffung verkehrrechtlicher Bestimmungen durch das Volk bzw. den Landtag und

zum anderen deren Vollzug durch die Landes- und Gemeindebehörden. Alles Verwaltungshandeln hat sich nach dem Gesetz zu richten. Deshalb bietet unser rechtsstaatliches System die Möglichkeit, das Verwaltungshandeln gerichtlich überprüfen zu lassen. Dabei werden die gesetzlichen Bestimmungen nach dem Willen des Gesetzgebers interpretiert. Wenn also K. H. Ospelt suggerieren möchte, mit der Verkehrsinitiative werde Verkehrspolitik von den Gerichten gemacht, dann ist dies schlicht falsch. Durch die vorliegende Verfassungsänderung schafft das Volk klare Vorgaben, wie die Verkehrspolitik der Zukunft auszusehen hat. Es werden Leitplanken für eine nachhaltige und moderne Verkehrspolitik aufgestellt. Nicht nur der Gesetzgeber, sondern auch die Verkehrspolitik der Behörden hätte sich in Zukunft am verfassungsmässigen Verständnis einer allseits verträglichen und nachhaltigen Verkehrspolitik zu orientieren. Der Wille des Volkes wird dadurch nicht bedeutungslos, sondern findet darin ja gerade seinen Ausdruck. Landes- und Gemeindebehörden lassen sich offensichtlich nicht gerne dreinreden. Aber auch wenn die Initiative nicht angenommen würde, bliebe die gerichtliche Kontrolle der Landes- und Gemeindeverwaltung bestehen. Die Verkehrspolitik würde dann eben am bestehenden Verfassungsartikel aus dem Jahr 1921 gemessen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber wesentlich geändert. Liechtenstein droht zum Transitland zu werden. Deshalb ist es notwendig, in der Verfassung zu

präzisieren, wie wir uns die künftige Verkehrspolitik in Liechtenstein vorstellen. Dr. Ursula Wachter, Vaduz

Wer betreibt da «grobem Unfug»?

Mit folgenden Aussagen hat die VU bei den Landtagswahlen 2001 geworben: «Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen bewahren. Wir setzen auf das Miteinander von Staat und Wirtschaft für eine gesunde Natur. Bei allem, was wir tun, müssen wir die Folgen für unsere künftigen Generationen bedenken. Dieses Prinzip der Nachhaltigkeit wollen wir stärker in die Politik einführen und als Massstab für unser politisches Handeln setzen.» Diesen, von allen drei Parteien postulierten Massstab wollen die Initianten der Verkehrsinitiative in der Verfassung verankern. Und dies aus der Verantwortung gegenüber Mensch, Umwelt und unserem sehr beschränkten Lebensraum. Ökologie ist für Karlheinz Ospelt kein grosses Thema und als Landtagsabgeordneter hat er auch kein Votum zur nachhaltigen Lösung unseres Verkehrsproblems eingebracht. Und ausgerechnet er verlangt von den Initianten «Taten» und nennt die Initiative einen «grobem Unfug». «Politik ist nur menschlich, wenn sie nachhaltig ist» – wie Recht die VU hat, weil eben Wohlstand nur in einer intakten Umwelt möglich ist. Mein Ja zur Verkehrsinitiative, weil sie menschlich ist.

Rainer Batliner, Schaanwald